

Auf dem Weg nach Afrika versucht der Westen, den Neokolonialismus wiederzubeleben



Wladimir Danilow

Das Jahr 2022 neigt sich dem Ende zu und ist zu einem Symbol der weltweiten „Entwestlichung“ geworden. Überall wächst die Kritik am Westen, nicht nur wegen seiner mangelnden Bereitschaft, den Nahostkonflikt zwischen Palästina und Israel zu lösen und eine Einigung mit dem Iran über das Nuklearabkommen zu erzielen, sondern auch wegen der allgemeinen Energie-, Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch russophobe Sanktionen ausgelöst wurde.

Und eine demonstrative Reaktion auf diese offen unmenschliche Politik des Westens war die Weigerung der meisten Länder der Welt, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, nachdem es seine spezielle Militäroperation zur Entnazifizierung des kriminellen Kiewer Regimes eingeleitet hatte, sowie die Verabschiedung eines Appells an den Internationalen Gerichtshof zur Frage der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete im Westjordanland durch die UN-Vollversammlung am 30. Dezember. Die Länder des afrikanischen Kontinents haben die aktivste Position bei der „Entwestlichung“ eingenommen und ihren Widerstand gegen die Versuche des Westens demonstriert, zur Politik des Neokolonialismus zurückzukehren.

Ein wichtiger Faktor für diese Position afrikanischer Länder war zweifellos der Widerstand gegen die Fortsetzung der westlichen Kolonialpolitik, die Ausplünderung der natürlichen und nationalen Reichtümer des dunklen Kontinents. Dies gilt insbesondere für die Energieressourcen, da die EU unter dem Druck Washingtons russisches Gas und Öl abgelehnt hat. So hat die EU im April unter verschiedenen Vorwänden versucht, Nigeria zu zwingen, die Gasproduktion zu erhöhen und auf den

europäischen Gasmarkt umzulenken. Der nigerianische Präsident entgegnete daraufhin, Europa wolle fast alle in Afrika geförderten Kohlenwasserstoffe abziehen und den Kontinent mit nichts zurücklassen. Der Ölminister des Landes sagte seinerseits, dass die nationale Ölgesellschaft Nigerias am Limit arbeite und eine Steigerung der Energieproduktion in afrikanischen Ländern erst in einigen Jahren möglich sei. Und nur, wenn der Westen Milliarden von Dollar in die Erschließung neuer Vorkommen investiert.

Die westlichen Unternehmen haben es nicht nur nicht eilig, in Afrika zu investieren, sondern drohen über die internationalen Finanzstrukturen der EU und Europas damit, die Finanzmittel für afrikanische Staaten zu kürzen und ihnen keine Kredite mehr zu gewähren, wenn sie sich nicht den vom Westen auferlegten Forderungen nach Investitionen in den Bau von „grünen Energieanlagen“ anschließen.

Wie aus offiziellen Statistiken und den Schlussfolgerungen zahlreicher Experten hervorgeht, belaufen sich die Verluste afrikanischer Staaten durch die Tätigkeit westlicher Konzerne auf jährlich über 192 Milliarden Dollar. Westliche Öl- und Gaskonzerne, die den größten Teil des Gewinns aus dem Verkauf afrikanischer Ressourcen erhalten, fügen den afrikanischen Ländern besonderen Schaden zu. Gleichzeitig ist der jährliche Fluss westlicher Investitionen in afrikanische Länder deutlich geringer als die „Solidaritätshilfe für das Kiewer Regime“ für die bewaffnete Konfrontation mit Russland.

So haben die EU und mehrere Mitgliedstaaten [deutschen Medienberichten zufolge](#) im Rahmen einer Initiative zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels 1 Milliarde Euro für afrikanische Länder bereitgestellt. Unterdessen wurden im EU-Haushalt für dieses Jahr 14,7 Mrd. EUR für die Energiewende [bereitgestellt](#) (vor allem für die Nicht-EU-Länder Ukraine und Moldawien). Seit Ende Februar 2022 – nach Beginn der russischen Militäroperation – [beläuft sich](#) das Volumen der internationalen Hilfe für die Ukraine auf über 75 Mrd. USD, und die größten Geber von militärischer und humanitärer Hilfe waren die USA und die EU.

In der Erkenntnis, dass die Position des Westens auf dem afrikanischen Kontinent in den letzten Jahren stark ins Wanken geraten ist, und in der Erkenntnis, dass der Einfluss Russlands im Gegenteil zugenommen hat, hat das Weiße Haus Ende Dezember den US-Africa Leaders Summit abgehalten, der seit 2014 erst zum zweiten Mal stattfand. Gleichzeitig ist es bemerkenswert, dass Joe Biden während seiner Amtszeit als Präsident der USA kein einziges Land des dunklen Kontinents besucht hat, da er es offensichtlich nicht für nötig hielt, dies selbst zu tun, und es in seltenen Fällen vorzog, seine Vasallen dafür zu delegieren.

Und so kündigte der britische Außenminister James Cleverly am 11. Dezember 2022 die Absicht Londons an, seine Expansion in Afrika zu verstärken, und zeigte damit offen den Wunsch des Vereinigten Königreichs, die natürlichen Ressourcen der afrikanischen Länder weiter auszubeuten. Gleichzeitig fallen bei der Analyse der „Afrika-Wende“ des Vereinigten Königreichs die jüngsten „Sonderpläne“ Londons für Ruanda auf, die angeblich mit dem Versuch gerechtfertigt werden, das Problem der illegalen Einwanderer zu lösen, die nun in dieses afrikanische Land geschickt werden sollen, wo Asylbewerber auf die Entscheidung über ihre Anträge auf Einwanderung in das Vereinigte Königreich warten.

Solche britischen Pläne sind jedoch nichts Neues in der Afrika-Politik der Angelsachsen. Sie wiederholen auf schmerzliche Weise das „liberianische Projekt“ der USA aus dem frühen 19. Jahrhundert, schwarze Amerikaner nach Afrika umzusiedeln, um eine Hochburg auf dem dunklen Kontinent zu schaffen. Damals, im Jahr 1822, gründeten diese „Siedler“ aus den USA, die sich selbst als Americo-Liberianer bezeichneten, unter der Schirmherrschaft der American Colonization Society eine Kolonie „freier Farbiger“ in einem Küstengebiet von mehr als 13 000 Quadratkilometern, indem sie den Anführern der örtlichen Stämme 50 US-Dollar zahlten. Diese „Siedlung“ erhielt 1824 den Namen Liberia. In der Folgezeit begann sie sich aktiv zu vergrößern, da Washington bis 1828 einen Teil der Küste des heutigen Sierra Leone und der Elfenbeinküste annektierte. Im Einklang mit den amerikanischen Expansionsplänen suchten diese Siedler nicht die Nähe zur afrikanischen Gemeinschaft, sondern nannten sich selbst „Amerikaner“. Die Symbole ihres Staates und die gewählte Regierungsform spiegelten die amerikanische Vergangenheit der Americo-Liberianer wider. Während der gesamten Geschichte dieses Landes waren sie in ihren Beziehungen zu den Nachbarvölkern bestrebt, die einheimische schwarze Bevölkerung zu beherrschen, die sie als Barbaren und Menschen niedrigsten Ranges betrachteten.

Etwas Ähnliches geschieht jetzt in Ruanda durch die Bemühungen der derzeitigen Londoner Regierung, die damit eine neue Welle der Eroberung des dunklen Kontinents einzuleiten versucht. Diese Versuche Londons dürften jedoch nicht von Erfolg gekrönt sein, denn selbst den USA ist es nicht gelungen, Liberia zu einem „europäischen Staat“ zu machen, und heute ist es eines der ärmsten Länder der Welt. Auch für das Vereinigte Königreich wird dies nicht funktionieren, dessen Imperium, wie die [britischen Medien](#) selbst berichten, schon vor langer Zeit zusammengebrochen ist und nur noch koloniale Asche hinterlassen hat.

Nichtsdestotrotz werden von London aus verschiedene Versuche unternommen, ein solches Projekt zu „unterstützen“, und es wurden bereits die Kräfte britischer PMCs eingesetzt, deren Zahl in Afrika in letzter Zeit merklich zugenommen hat. Im Prinzip ist dies nicht verwunderlich, denn in ihrer modernen Form ist eine private Militärfirma (PMC) eine britische Erfindung, die 1967 durch die Gründung der ersten offiziellen PMC Watchguard International (WI) durch David Stirling entstand.

Was die Entscheidung des Vereinigten Königreichs betrifft, für seine Expansion in Afrika aktiver auf militärische Instrumente zurückzugreifen, so [erklärte](#) der Chef des britischen Verteidigungsstabs, Nick Carter, im Jahr 2019, dass London seine militärische Präsenz in Afrika verstärken müsse, auch durch eine aktivere Präsenz britischer PMCs. Um die Anweisungen Londons zur Intensivierung der Arbeit in Afrika zu erfüllen, hat der Gründer der privaten Militärfirma Executive Outcomes, Eeben Barlow, bereits die Wiederaufnahme der Aktivitäten dieser PMC angekündigt, die in den 1990er Jahren in Afrika tätig war. Außerdem, so Barlow, „wird sie nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch im Bereich der Informationskriegsführung aktiv sein.“

Heute sind westliche PMCs ein beliebtes Instrument der westlichen Expansion, auch im Hinblick auf die Konfrontation mit Russland und China in Afrika. Insbesondere vor dem Hintergrund des wachsenden Interesses afrikanischer Länder an der Zusammenarbeit mit Staaten, die keineswegs westlich sind.